

Arbeiterzeitung

Vorständekonferenz der Gewerkschaften.

Zur Favoritener Arbeiterheim tagte Sonntag und Montag die Vorständekonferenz der Gewerkschaften, um über die Lebensmittelpolitik und die Forderungen der Gewerkschaften zu beraten. An der Konferenz nahmen 189 Delegierte von 55 Verbänden teil, die 340.000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten.

Die Konferenz wurde von Hanusch eröffnet. Hanusch, Schäfer (Reichenberg) und Merta (Brünn) wurden zu Vorsitzenden, Keufuß (Graz), Pergl (Mährisch-Odrau) und Oliva (Triest) zu Schriftführern gewählt. Hueber erstattete das Referat.

Die gegenwärtige Lage.

Hueber verweist zunächst darauf, daß sich die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder seit Jahreschluss, wo sie rund 311.000 betrug, wieder ganz erheblich vermehrt habe und daß auch beinahe zwanzigtausend Tschechen, meist in Böhmen und Mähren, den Zentralorganisationen beigetreten sind, so daß diesen jetzt außer den deutschen Arbeitern rund 40.000 Tschechen, 30.000 Polen und etwa 5000 anderssprachige Arbeiter angehören; insgesamt gehören den Zentralverbänden zurzeit etwa 340.000 Mitglieder an. Er gab dann einen Überblick über die Leistungen und Kämpfe der Gewerkschaften im Krieges und kam dabei zunächst auf das Verlangen der Beschwerdefunktionen und auf den § 1154b zu sprechen. Wenn die Beschwerdefunktionen jetzt den Einflüsterungen der Unternehmer ihr Ohr leihen und dadurch zu einem unbrauchbaren Instrument werden, so begibt sich die Staatsgewalt damit auf einen gefährlichen Weg, denn es ist mehr in ihrem Interesse als in dem der Arbeiter, daß dieses Ventil nicht verstopft wird. Wehlich ist es mit dem § 1154b, dessen Ausgestaltung zum Beispiel bei den Bergarbeitern neuerdings Mißstimmung hervorrufen mußte, was sich natürlich wieder bei der Arbeit äußert. Nachdem er noch die Hungerstreiks der Arbeiter besprochen hat, erörtert er eingehend die Lebensmittelpolitik und die immer furchtbarer werdende Steigerung der Lebensmittelpreise, die die Gesellschaft dem Abgrund zuführen. Von der Regierung muß ganz entschieden eine Aenderung des Systems der Lebensmittelaufbringung und Verteilung gefordert werden. Wenn man sagt, das Verlangen nach einer Erhöhung der Nation sei eine Utopie, da eben nicht mehr da sei, ist das leichter gesagt, als ertragen. Wenn die Lebensmittel, die jetzt so lang bemessen sind, richtig erfasst worden wären, so wäre es zur Kürzung der Nationen nicht gekommen. Die Fraktion hat schon bald nach Kriegsausbruch Vorschläge erstattet; wären sie beachtet worden, so wäre es nie zu dem jetzigen Zustand gekommen. Jetzt hat sie wieder einen Antrag eingebracht. Aber wir wissen nicht, ob man oben die Absicht hat, diese Vorschläge zu beachten, und müssen deshalb unsere Forderungen stellen im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Die Forderungen der Konferenz.

Hueber beantragt schließlich folgende Resolution die durch eine Abordnung dem Ministerpräsidenten überreicht werden soll:

Mehrere Verbände haben anlässlich des letzten Hungerstreiks in Wien eine Denkschrift an die Regierung überreicht, in der hauptsächlich folgende Beschwerden erhoben wurden: über das mangelhafte, durch zahlreiche Ausnahmen durchbrochene System der Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel; gegen die rasch und unerhört ansteigenden Preise der freien Artikel sowie auch gegen die Preissteigerungen der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel und die Versuche des sogenannten Freihandels, die einzig mögliche und anwendbare Erfassung der nächsten Ernte durch den Staat und deren gerechte Verteilung an die Bevölkerung zu durchbrechen. In die Unternehmer und an die Regierung wurden mit Rücksicht auf die unerträglichen und auf die Dauer unhaltbaren Arbeits- und Lohnverhältnisse Forderungen nach angemessener Lohnerhöhung und Erleichterung der Arbeitsverhältnisse gestellt. Schließlich wurde die Regierung aufgefordert, dafür vorzusorgen, daß den Arbeitern die Zuweisung von Kleidern, Wäsche und Schuhen gesichert werde.

Die Konferenz beschließt, sich dieser überreichten Denkschrift vollinhaltlich anzuschließen. Des weiteren stellt die Konferenz fest, daß sich die Regierung zufolge der Denkschrift bereit erklärte, Staatszuschüsse für den größten Teil der Arbeiter in den Kriegslieferungsbetrieben in Wien und Niederösterreich zu gewähren. Die Arbeiter der Kriegslieferungsbetriebe der übrigen Kronländer und alle anderen Arbeiter und Angestellte wurden aber nicht berücksichtigt, wodurch eine nicht verkennbare Mißstimmung in ihren Reihen ausgelöst wurde. Die Konferenz versteht sehr wohl, daß die staatliche Hilfe hauptsächlich den Arbeitern in

den metallverarbeitenden Betrieben in Wien und Niederösterreich deshalb gewährt wurde, um die im Zuge befindliche Lohnbewegung in diesen Betrieben einer, wenn auch provisorischen Erledigung rascher zuzuführen. Diese Lohnbewegungen wurden daher mit Rücksicht der anarchoischen Zustände der Preispolitik und Verteilung der Lebensmittel im ganzen Reiche von der Regierung und den Unternehmern anerkannt.

Lohnforderungen und deren Durchsetzung sind derzeit das einzige Hilfsmittel, über das die gesamte Arbeiterschaft verfügt, um sich notdürftig aufrecht zu erhalten. Die Konferenz ist sich aber auch bewußt, daß in der Zeit des Schleichhandels und des Zurückweichens der Staatsgewalt vor den österreichischen und ungarischen Agrariern die erreichten Lohnerhöhungen durch wucherische Preistreiberereien illusorisch werden und immer wieder zu weiteren Lohnkämpfen und Lohnerhöhungen und schließlich zum vollständigen Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft führen müssen.

Die Lohnhöhe der Arbeiter und die Bezüge der Eisenbahner und sonstigen Angestellten stehen im engen Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen, weshalb die Konferenz die Regierung auf diesen unhaltbaren Kreislauf nochmals aufmerksam macht und nachstehende Forderungen zur sofortigen Durchführung stellt:

1. Energische und zweckdienliche Abwehr der fortgesetzten Preissteigerungen aller für die Lebenshaltung notwendigen Bedarfsartikel. Der Abbau der Lebensmittelpreise ist ernstlich in Angriff zu nehmen.

2. Die geplante Erhöhung des Brotpreises hat insoweit zu unterbleiben, als sie nicht den Lebensbedürfnissen der Lebensmittelarbeiter entspricht; das etwaige Defizit in der Brot- und Mehlverteilung ist zu Lasten der Staatskasse zu übernehmen.

3. Die Vorbehalte für Selbstversorger sind auf das unerlässliche Maß einzuschränken und Unterschiefe der Mühlen durch Aufhebung der freien Vermahlung zu unterdrücken.

4. Erhöhung der Kopfsquote aller staatlich bewirtschafteten Lebensmittel für Arbeiter und Angestellte.

5. Zusicherung besonderer Zuweisung von Kleidern, Wäsche und Schuhen an Arbeiter und Angestellte.

In der

Debatte

verweist Pohl (Bergarbeiter) auf die elende Versorgung der Bergarbeiter. In einzelnen Bezirken wurde schon Ende April mit der Verringerung der Protration vorgegangen. Die so gerühmte Verpflegung der Bergarbeiter durch die Werke macht jede Lohnerhöhung unwirksam, da die Werke einfach die Lebensmittelpreise uns zu erhöhen brauchen, sie bringt die Bergarbeiter auch in eine unerträgliche Abhängigkeit. In Brünn wurde im Mai von der Beschwerdefunktion eine Lohnerhöhung bewilligt, beim nächsten Abzug für Lebensmittel wurden aber die Lebensmittelpreise um mehr erhöht, als die Lohnerhöhung betragen hat. Er erörtert dann eingehend das Verhalten der Grubenbesitzer gegenüber dem § 1154b. Huppert (Lebensmittelarbeiter) bespricht die Frage der Erhöhung der Mehl- und Brotpreise und im Zusammenhang damit die Böhne der Bäcker- und Mühlenarbeiter. Pimpl (Böhmen) verweist auf die elende Lage der Buchdrucker in Böhmen. Ihr Durchschnittslohn beträgt in Prag 40 Kronen wöchentlich, in der Provinz noch weniger. Man hält das Gewerbe für ein Luxusgewerbe. Wenn man die Preistreibererei einstellen würde, wäre das mehr wert als alle Lohnerhöhungen. Die Verhältnisse in Prag sind elend. Hungerstreiks sind auf der Tagesordnung. Janecel (Metallarbeiter, Wien) wünscht, daß man in der Frage des Friedens auf die Regierung einen Druck ausübe. Beim letzten Streik sind die Metallarbeiter allein geblieben. Grunel (Prag, tschechisch) schildert die schlechte Lebensmittelversorgung in Prag. Er meint, daß es nicht viel nütze, die kleinen Lohnmühlen zu sperren, aber die großen Vertragsmühlen offen zu lassen, die für das Militär und den Staat arbeiten, da der Schleichhandel mehr von diesen ausgehe. Wenn Hueber meine, daß man die Forderungen den Statthaltereien vorbringe, so verweise er darauf, daß vor einer Woche eine Abordnung in Prag zum Statthalter ging, der aber auf Urlaub war; sein Stellvertreter hat abgelehnt, die Deputation zu empfangen, und hat sie zu einem Beamten geschickt, der aber keine verbindliche Erklärung abgeben konnte. Schäfer (Reichenberg) erörtert eingehend die Ernährungsnot in Deutschböhmen. In den Monaten vom März bis Mai kamen für alle die Monate nicht ein Kilogramm Mehl, also eine Tagesration von zwölf Dekagramm, in beiden letzten Monaten noch viel weniger. Die Stadt Reichenberg hat vom April bis 21. Juli statt 84 Waggons Mehl nur 21 erhalten, der Landgemeindenbezirk noch viel weniger. Die Gemeinden können sich nicht anders helfen, als indem sie zu Wucherpreisen Mehl kaufen. In ganz Böhmen gab es im vorigen Jahre 22.842 Fälle von Hungerödem, davon 19.651 im deutschen Gebiet mit 522 Prozent Todesfällen. Merta (Brünn, tschechisch) wünscht, daß die Vertreter der Länder gleich heute dem Ministerpräsidenten ihre Wünsche und Beschwerden vortragen, nicht erst nachher den Statthaltereien. Er verlangt, daß auch eine Kundgebung für den Frieden erlassen werde, und wünscht, daß energisch daran gearbeitet werde, die österreichische Internationale wieder aufzurichten. Roscher (Reichenberg) meint, daß die Lebensmittelbeschaffung durch die Unternehmer an den hohen Preisen mitschuld sei, da die Unternehmer einander überbieten. Die Arbeiter geraten dadurch auch in die größte Abhängigkeit. Bei einem Streik in Neustadt sperren die Unternehmer sofort die Kriegsküche und die Arbeiter müssen die Arbeit aufnehmen. Die Arbeiter verlangen die Versorgung mit Lebensmitteln nicht als Gnade oder Wohlthat, sondern als Recht. Die Arbeiter werden sich die Lebensmittelwirtschaft nicht länger gefallen lassen, sondern werden sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen, wenn die Regierung nicht Ordnung mache. Das müsse dem Ministerpräsidenten gesagt werden. Ginginger (Binz) verweist darauf, daß die Lebensmittelversorgung in Oberösterreich zwar gut sei, daß es aber den Arbeitern in den Industriegebieten nicht viel besser gehe als in Böhmen; auch die Löhne seien dort elend. Abgeordneter Dr. Penner erörtert zunächst eingehend das Verhältnis zwischen Lebensmittelpreisen und Löhnen. Die Preise sind heute über alle Löhne hinausgebrochen und es erwache nun die Aufgabe, die Wege des gewerkschaftlichen Kampfes und im Wege der

Die Anklage gegen das Kriegskabinet.

Bukarest, 29. Juli. Der Informationsausschuß für die Erhebung der Anklage gegen die Regierung Bratianu